

13. Mai 2019

Nr.069/2019

Bundesrat / Messerverbot

Matthias Lammert: Gesetzesinitiative von Niedersachsen und Bremen im Bundesrat unterstützen

Am kommenden Freitag befasst sich der Bundesrat mit einer Gesetzesinitiative der Länder Niedersachsen und Bremen zur Änderung des Waffengesetzes. Damit soll das Mitführen von Waffen und Messern in der Öffentlichkeit insbesondere an stark frequentierten Orten weiter eingedämmt werden. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Matthias Lammert, fordert die Landesregierung auf, dieses Vorhaben zu unterstützen:

„Messer haben in Fußgängerzonen, Kindergärten, Einkaufszentren oder Schulen nichts zu suchen. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass nun Niedersachsen und Bremen aktiv werden und den Bundesländern erweiterte Möglichkeiten zur Einrichtung von Waffenverbotszonen einräumen wollen. Denn klar ist, dass Messer ein gefährliches Tatmittel darstellen können.

Natürlich sind Messerverbote kein Allheilmittel. Aber es geht hier um Prävention und um die deutliche Botschaft des Staates, dass er keine Form der Gewalt toleriert. Deshalb können wir auch nicht warten, bis die mit dem Tatmittel Messer begangenen Straftaten flächendeckend in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst sind. Es muss jetzt gehandelt werden. Wir fordern die Landesregierung daher auf, diese Gesetzesinitiative im Bundesrat zu unterstützen.“

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de